

BÜRGERSCHAFTSWAHLEN AM 14. MAI 2023

# Wahlprüfsteine 2023

**Liebe Kolleg:innen,**

am 14. Mai 2023 findet die Bürgerschaftswahl in unserem Bundesland Bremen statt. Als größte Interessenvertretung für Beschäftigte im Bereich der inneren Sicherheit arbeiten wir täglich für eure Interessen. Auf den folgenden Seiten findet ihr vom GdP-Landesvorstand ausgewählte Themen, die wir vorrangig von der Politik bearbeitet wissen wollen.

Die ausgewählten Wahlprüfsteine der Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen – sind nicht abschließend. Die Parteien, die seit 2019 mit Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind, haben sich gemeinsam darauf verständigt, nicht mehr als zehn Fragen zu beantworten. Daher handelt es sich hier nicht um eine abschließende Aufzählung unserer Wahlprüfsteine. Unsere weiteren Themenfelder werden und haben wir bereits bei den politischen Vertretern der Parteien angesprochen.

Wir kämpfen für euch als GdP an vielen unterschiedlichen Fronten. Täglich sind wir in Gesprächen, um eure Interessen und Forderungen auf den politischen Tisch zu legen. Wir werden vom politischen Gegenüber ernst genommen und gehört. Das werden wir aufgrund unserer Mitgliederstärke, also durch euch! Als Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Bremen – werden wir aktiv im Wahlkampf für die Interessen unserer Mitglieder mitmischen, ohne dabei eine Wahlempfehlung abzugeben.

Auf den folgenden Seiten haben wir die ersten fünf Fragen mit den jeweiligen Antworten abgedruckt. In der nächsten Ausgabe folgen dann die nächsten fünf Fragen mit Antworten.

## Der Landesvorstand

### 1. IT/Digitalisierung in den Ämtern und der Polizei in Bremen und Bremerhaven

Die Digitalisierung innerhalb der Ämter und der Polizei in Bremen und Bremerhaven ermöglicht viele neue Möglichkeiten und Arbeitserleichterungen sowie die Optimierung von Prozessen unter Berücksichtigung der IT-Sicherheit und der besonderen Schutzbedarfe.

**Wie werden Sie die IT in Zukunft personell und materiell ausstatten? In diesem Zusammenhang: Wird es mit Ihnen weiter angestrebt, eine Verlagerung der IT-Infrastruktur in Richtung Dataport vorzunehmen?**

**CDU BREMEN**

Eine moderne, leistungsstarke und zukunftsorientierte Polizei muss nicht nur personell gut aufgestellt sein, sondern vor allem technisch auf dem neuesten Stand, um den Tätern, insbesondere in der digitalen Welt, auf Augenhöhe begegnen zu können. Arbeitsabläufe müssen vereinfacht werden, um mehr Tempo und Flexibilität zu entwickeln. Gleichzeitig müssen aber auch IT-Support und IT-Sicherheit gewährleistet sein. Informationen müssen flexibel generiert und dem Gegenüber muss zeitgemäß begegnet werden können. Wichtig dafür sind leistungsfähige Hard- und Softwarelösungen zur Auswertung und Bearbeitung von Fällen und digitale Kommunikation. Perspektivisch wollen wir eine „Cyberpolizeistaffel“, die nur Internetkriminalität bekämpft, App-basierte Lösungen, um direkt „auf der Straße“ den Großteil der administrativen Arbeit erledigen zu können, und den Datenaustausch digital und medienumbruchfrei realisieren. Die zwingende Notwendigkeit der Verlagerung der IT-Infrastruktur zu Dataport sehen wir nicht.

**LAND BREMEN**  
**SPD**

Die SPD setzt sich für die sukzessive Erhöhung des IT-Fachpersonals in den Polizeien in den nächsten Jahren ein. Höhergruppierungen im TV-L zum Verbleib und Zugewinn von IT-Fachpersonal-Mitarbeiter:innen bei der Polizei Bremen sind konsequent zu beantragen.

Ziele sind zum einen die Absicherung bestehender vertraglicher Verpflichtungen und zum anderen realistische Großprojekte. Die Verlagerung von weiteren Fachverfahren von der Polizei Bremen zu Dataport ist dabei nicht ausgeschlossen. Die umfassende Integration

in das Programm Polizei 2020 setzt jedoch einer weiteren Verlagerung der polizeilichen IT-Infrastruktur zu Dataport Grenzen.

Wir fordern im Weiteren den Einsatz von KI-Software zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie.



Wir wollen die digitale Transformation in der Polizeiarbeit weiter voranbringen. Dafür schaffen wir die nötige Technik an und geben den Mitarbeiter:innen der Polizei die Möglichkeit, sich entsprechend den neuen Anforderungen weiterzubilden. Es gilt, die digitalen Kompetenzen zu stärken und vorhandene Kompetenzen besser zu nutzen. Im Rahmen der Zielzahl 2.900 ist es möglich, auch die IT-Abteilung auskömmlich auszustatten. Zudem ist uns wichtig, dass alle Streifenwagenbesatzungen über Smartphones mit @rtus Mobile verfügen, damit Vorgänge schnell und effizient bereits vor Ort digital erfasst werden können.

Dataport muss sich auf die spezifischen Bedarfe der Polizei einstellen. Wenn dies gewährleistet ist, ist eine Deckung des IT-Bedarfs über die Dataport AöR die Lösung, die Datensicherheit, digitale Souveränität und Wirtschaftlichkeit bestmöglich verbindet.

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BREMEN

Gerade die Umstellung auf einen weitgehend digitalisierten Arbeitsalltag bedarf einer ausreichenden Ausstattung auch der polizeinternen IT. Das beinhaltet auch den höheren langfristigen Bedarf an Ressourcen für Datenschutz, IT-Sicherheit und Wartung. Im Rahmen der ähnlichen bis gleichen Anforderungen an die IT der Polizeiarbeit und der Notwendigkeit ressourcenschonenden Arbeitens, sind länderübergreifende Projekte zwischen den Polizeien ebenso sinnvoll wie die teilweise Organisierung der Infrastruktur bei Dataport.



Wir Freie Demokraten wollen die Polizei mit leistungsfähiger Hardware im Büro und mit



mobilen Endgeräten für die Ermittlungsarbeit vor Ort ausstatten. Wie in anderen Bundesländern bereits Standard, sollen die mobilen Endgeräte künftig mit folgender Software ausgestattet sein: einer Diktiersoftware zur Anfertigung digitaler und medienbruchfreier Polizeiberichte; einem Polizei-Messenger („Whatsapp für Polizisten“) für den schnellen und medienbruchfreien Austausch von einsatzrelevanten Informationen wie Bildern oder Videos; einer Auskunft-App, die einen Abgleich mit dem polizeilichen Datenbestand ermöglicht; einem Dokumentenscanner, z. B. für Personalausweise, Führerscheine, Kennzeichen o. ä. Dokumente; einer Vermessungssoftware für Verkehrsunfälle. Zudem soll die Polizei in der Kriminaltechnik zukünftig über leistungsfähige Software, technische Geräte und genügend Fachpersonal verfügen.

## 2. Einstellungen im öffentlichen Dienst

Es herrscht in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes ein Mangel an Personal, eine hohe Fluktuation an Mitarbeitern. Als Auslöser erkennen wir eine nicht ausreichende Bezahlung sowie mögliche Benefits (z. B. Ausweitung Homeoffice, Dienstsport) sowie eine ständige Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Wie wollen Sie in Zukunft die Einstellungen im öffentlichen Dienst gewährleisten und fördern?



Wir wollen eine zusätzliche Einstellungsoffensive bei der Polizei. Die Erhöhung der Zielzahl in der Stadtgemeinde Bremen auf mindestens 3.000 bis 2027 und in Bremerhaven auf mindestens 580 Polizist:innen soll festgeschrieben werden. Um die Arbeit bei der Polizei grundlegend attraktiver zu gestalten, muss sowohl die Besoldung auf den Bundesdurchschnitt erhöht als auch das Zulagenwesen angepasst werden. Bedienstete der Polizei sollen stets entsprechend ihrem Dienstposten und der ausgeübten Funktion entlohnt und regelhaft befördert werden.

Wir brauchen zudem eine Polizeiakademie, die sowohl das bisherige Hochschulstudium unserer Polizeianwärter in den kommenden Jahren sicherstellt als auch zusätzlich perspektivisch ein „Fachabitur Polizei“ anbietet, um auch Menschen ohne Abitur für die Polizei gewinnen zu können. Die Einstellungs-

voraussetzungen für den Polizeivollzugsdienst wollen wir dahin gehend anpassen.



Ziel der SPD Bremen ist es, die Gewinnung von Fachkräften und Berufsanfänger:innen beispielsweise durch Projekte an Schulen oder durch eine großflächig angelegte Werbestrategie über Social-Media-Kanäle noch stärker zu fördern und Interessierten durch intensive Beratung, Information und Betreuung den Einstieg zu erleichtern.

Mit der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage setzen wir einen verlässlichen Anreiz für eine Bewerbung bei der Polizei.

Für kontinuierlich hohe Einstellungen im Bereich des Polizeivollzugsdienstes in Bremen will die SPD die erfolgreiche Ausbildungskooperation mit Niedersachsen durch die Ausbildung einer weiteren Studiengruppe in Niedersachsen fortsetzen und intensivieren. Die SPD macht sich zudem dafür stark, den Zugang in den Polizeidienst auch für Personen, die bereits ein Studium absolviert haben, attraktiver zu gestalten, indem diesen nach dem Studium ein Direkteinstieg bei der Kriminalpolizei angeboten werden soll.



Durch neue Formen der Arbeit, mehr Flexibilisierung und eine zeitgemäße Ausstattung stärken wir den öffentlichen Dienst und richten das Arbeitsumfeld auf die Bedürfnisse der Menschen aus: durch gute Bezahlung, gute Ausstattung, flexible Arbeitszeitmodelle (z. B. Viertagewoche, Sechsstundentag) und passende Raumkonzepte. Wir fördern die ortsungebundene Arbeit und prüfen die Umwandlung von Jahressonderzahlungen in Urlaub. Wir wollen Tandems in Führungspositionen ermöglichen, damit auch Menschen, die noch anderen Verpflichtungen nachkommen, Führungsverantwortung übernehmen können. Modernes Arbeiten in selbstorganisierten Teams soll künftig dort erprobt werden, wo die beteiligten Personendies für zweckmäßig halten. In der nächs-

ten Legislatur prüfen wir den Fachkräftebedarf für das Jahr 2030 im gesamten öffentlichen Dienst, den Betrieben in städtischer und kommunaler Hand und entwickeln eine langfristige Strategie, die Auswirkungen des Fachkräftemangels ressortübergreifend zu minimieren und gleichzeitig Prioritäten zu setzen.



Die Ausbildungs- und Studiengänge müssen vergrößert und die Einstellungszahlen langfristig und verlässlich abgesichert werden, dafür braucht es auch einen Ausbau der Hochschule für öffentliche Verwaltung. Dabei darf allerdings nicht die Qualität der Ausbildung durch deutlich schlechtere Betreuungsrelationen gefährdet werden. Um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, sind auch schnellere Aufstiegsmöglichkeiten und Beförderungen wichtig. Damit auf dem angespannten Arbeitsmarkt qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden können, schlägt Die Linke einen Zusatztarifvertrag Fachkräftesicherung vor.



Damit sich die Bremer Polizei als Arbeitgeber im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte behaupten kann, wollen wir die Besoldung konkurrenzfähig ausgestalten. Damit der öffentliche Dienst für Fachkräfte attraktiv ist, braucht es auch Verwirklichungsmöglichkeiten, Ausstattung und digitalisierte Prozesse. In der Digitalisierung der Verwaltung sehen wir Freie Demokraten daher auch einen Hebel, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Die Digitalisierung bietet viele Vorteile, wie z. B. eine höhere Effizienz, schnellere Bearbeitungszeiten und eine bessere Qualität der Arbeit. Das hat nicht nur den Vorteil, dass wir langfristig zufriedener Beschäftigte haben, sondern auch, dass wir dem Personalmangel im öffentlichen Dienst gut begegnen können.

## 3. Verbesserungen der Beihilfeleistungen

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit wurden 2019 von Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt die Beihilfesysteme des Bundes und der Länder für ihre Beamten:



verglichen. Er kommt zu dem Schluss, dass die Bremer Regelungen von dem Bestreben gekennzeichnet sind, die finanzielle Belastung des Dienstherrn durch die Beihilfe zu senken. Darauf deuten insbesondere das explizite Erstattungsverbot für Heilpraktikerleistungen und die wiederholte Betonung der Subsidiarität der Beihilfegewährung hin. Eigenständige Wege gehen die Bremer Bestimmungen insbesondere hinsichtlich der Höhe des Bemessungssatzes und daran anknüpfend der Eigenbeteiligung. Deutlich wird dies auch bei dem bundesweit niedrigsten Beihilfebemessungssatz für Beamtinnen und Beamte im Ruhestand und eines Existenzminimums bei stationärer Pflege, das die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht erfüllt.

### Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Beihilfe an den Durchschnitt des Bundes und der Länder anzupassen?



Wir werden uns im Rahmen der Haushaltsaufstellungen der künftigen Bremischen Bürgerschaft für eine Anpassung der Beihilfeshöhe starkmachen.

Die Beihilfe ist als finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für Beamte und deren Kinder sowie deren Ehepartner ein Kernbestandteil des Berufsbeamtentums und muss bundesweit vergleichbar ausgestaltet sein.



Bezüglich der kinderbezogenen Beihilfegewährung hat Bremen sein Landesrecht an die Regelungen des Bundes und der Länder zum 1. Dezember 2022 angepasst. Die SPD wird sich dafür einsetzen, weitere Verbesserungen in diesem Bereich zu erreichen.



Mit dem Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge

sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, das am 1. Dezember 2022 in Kraft getreten ist, wurden die Beihilfesätze auf das „Bundesmodell“ umgestellt und damit für viele Beamt\*innen in Bremen erhöht (bei Beamt\*innen mit zwei Kindern bspw. von 60 % auf 70 %).



Die Linke fordert faire Rahmenbedingungen für die (freiwilligen) Wechsel in das GKV-System, ungerechte Belastungen bei der Wahl gesetzlicher Krankenkassen lehnen wir deshalb ab. Die Beiträge der Beihilfe müssen selbstverständlich auf dem Niveau der anderen Bundesländer liegen, eine stufenweise Anpassung über die kommenden Haushaltsjahre ist hier ein gangbarer Weg.



Wenn das Land Bremen im Wettbewerb mit anderen Bundesländern konkurrenzfähig sein möchte, darf es seine Beamten bzgl. der Beihilfe nicht weiterhin im bundesweiten Vergleich am schlechtesten behandeln. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein, den Bemessungssatz mindestens auf das Hamburger Niveau anzuheben und die Regelungen zur Eigenbeteiligung zu überarbeiten.

#### 4. Bekleidungsgeld für Uniformträger

Auch die Preise der Bekleidungsgegenstände der Polizeien steigen rapide an. Dazu werden immer mehr Gegenstände in den Katalog aufgenommen. Das gezahlte Bekleidungsgeld an die Mitarbeiter:innen steigt aber nicht an. Das jährlich festgelegte Bekleidungsgeld von 210 € reicht schon lange nicht mehr aus. Ein neues Paar Stiefel liegt im Moment bei 106 €, eine Strickjacke bei etwa 60 €, die neu eingestellte Softshelljacke bei rund 140 €. In Niedersachsen wurde das Bekleidungsgeld für Mitarbeiter:innen im Außen- und Innendienst bereits erhöht. Um sich ordentlich und adäquat einkleiden zu können, fordert die GdP die Anpassung und Erhöhung des Bekleidungsgeldes für alle Mitarbeiter:innen der Polizeien im Land Bremen.

### Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Kolleg:innen sich adäquat mit Bekleidungsstücken ausstatten können?



Eine angemessene finanzielle Unterstützung für die Anschaffung von Dienstbekleidung, gerade bei Uniformträgern, die nach außen hin sichtbar ihre Autorität darstellen sollen, halten wir für elementar wichtig. Wir werden uns daher für eine Anpassung der Höhe des Bekleidungsgeldes einsetzen. Wir sehen darin auch eine Anerkennung der Arbeit, die die Polizei für die Gesellschaft leistet, und wollen hier dementsprechend auch politische Prioritäten setzen im Rahmen der Haushaltsaufstellung.



Die SPD setzt sich für die Erhöhung des seit 2005 nicht mehr angepassten jährlichen Bekleidungsgeldes im Land Bremen ein. Für die SPD ist klar, dass aufgrund der Marktentwicklung und der darauf basierenden Preisanpassungen eine Anpassung notwendig ist.



Wir möchten, dass unsere Polizist:innen von der Regenjacke bis zum Funktionsshirt angemessen ausgestattet sind.



Die Linke setzt sich für eine umfangreiche und angemessene Ausstattung der Bediensteten durch den Dienstherrn ein.



Ja. Wir setzen uns für eine auskömmliche Ausstattung der Polizei ein. Dies betrifft nicht nur die Technik und Digitalisierung,





sondern auch die Grundlagen, wie etwa die Bekleidung. Wenn aufgrund von Inflation die Bekleidung teurer wird, muss konsequenterweise auch das Bekleidungsgeld steigen. Wir setzen uns dafür ein, dieses mindestens auf das Niveau von Niedersachsen anzuheben.

### 5. Bargeldloser Zahlungsverkehr

Bargeldloser Zahlungsverkehr ist bundesweit auf dem Vormarsch und gehört zu einer modernen Polizei. Verbesserte Zahlungsbereitschaft, der Wegfall des Suchens nach Wechselgeld und der antiquierten und zeitraubenden buchhalterischen Abrechnungsmodalitäten könnten das Resultat eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs sein. Andere Bundesländer machen bereits positive Erfahrungen mit der Begleichung von Verwargeldern oder Zahlungen von Haftbefehlen. Die GdP Bremen fordert die Einführung eines bargeldlosen Zahlungssystems in den Polizeien im Land Bremen.

**Wie steht Ihre Partei zur Einführung des bargeldlosen Zahlungssystems, z. B. um Verwargelder vor Ort zu beglichen?**

**CDU** BREMEN

Die Bremer CDU setzt sich seit Langem für eine Digitalisierungsoffensive auch bei der Bremer Polizei ein. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch die Möglichkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der von vielen Menschen als unkompliziert und sicher erachtet wird und viele administrative Vorteile bringt. Hierfür müssen zunächst die technischen Voraussetzungen geschaffen und Kartenlesegeräte und die entsprechende Software angeschafft werden. Das würde auch zum Bürokratieabbau führen, wenn Bußgelder sofort vor Ort beglichen werden können.

LAND  
BREMEN  
**SPD**

Wir bringen das Pilotprojekt zur Einführung eines bargeldlosen Zahlungssystems, insbesondere für die Annahme von Sicherheitsleistungen, schnellstmöglich zu Ende. Perspektivisch sollen neben den Sicherheitsleistungen weitere Zahlungsgründe (z. B. Verwargelder, Haftsachen) in das bargeldlose Verfahren inkludiert werden.



Es ist aus unserer Sicht lange überfällig, die Streifenwagen mit Lesegeräten für bargeldlose Zahlungsmittel auszustatten, damit Verwargelder, aber auch Sicherheitsleistungen unmittelbar vor Ort beglichen werden können.

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BREMEN

Ein bargeldloses Bezahlsystem kann eine sinnvolle Ergänzung sein, um die Bediensteten, aber auch die Verwargerten zu entlasten, darf aber nicht zulasten der Widerspruchsmöglichkeiten gehen.



Wir Freie Demokraten fordern schon lange die Einführung von bargeldlosen Zahlungssystemen. Idealerweise sind diese mit den mobilen Endgeräten zu koppeln, die flächendeckend einzuführen sind. ■

## Gedanken zu den Tarifverhandlungen



# JUBILÄUMSAKTION

6,00 € pro Monat für 6 Monate

60,00 € für jedes Neumitglied

30,00 € Dankeschön für jeden Werber

automatische Teilnahme am Gewinnspiel



Gültig vom  
01. April bis 31. Mai 2023

## Gewinnspiel-Preise

- 1 x 250 € Reisegutschein
- 3 x 150 € Baumarkt-Gutschein
- 3 x 100 € Restaurantbesuch



## GdP lohnt sich!

60 Jahre GdP Bremen, 60 Jahre erfolgreich mit euch...

Bei unserer GdP-Jubiläumsaktion könnt ihr tolle Preise im Wert von bis zu 250,00 € gewinnen. Werdet Mitglied in der GdP und zahlt für einen Zeitraum von 6 Monaten nur 6,00 € pro Monat bei vollen Leistungen. Zusätzlich erhaltet ihr 60,00 € als Willkommensgeschenk. Wer Neumitglieder wirbt, bekommt außerdem ein Dankeschön in Höhe von 30,00 €.

Am Gewinnspiel kann jedes Neumitglied teilnehmen.

Ihr werdet bei eurem Eintritt automatisch in einen Lostopf geworfen und am Ende des Aktionszeitraumes werden die Gewinner:innen ausgelost. Für alle Hobby-Handwerker:innen, Gourmets und Reisefans unter euch - es lohnt sich dabei zu sein.

Beeilt euch, denn das Angebot gilt nur vom 01. April bis zum 31. Mai 2023.



# Behördenübergreifende Zusammenarbeit weiter stärken

Denis Geger

In der täglichen Arbeit der Bremer Verwaltung gibt es immer wieder Schnittstellen zwischen verschiedenen Behörden. Besonders die Beschäftigten aus dem allgemeinen Ordnungsdienst werden immer wieder für behördenübergreifende Maßnahmen angefragt oder brauchen den Rat von einer Fachbehörde. Wie wichtig die Zusammenarbeit ist, zeigt sich dann immer wieder vor Ort. Die Fachgruppe Verwaltungspolizei der GdP Bremen unterstützt daher die behördenübergreifende Zusammenarbeit und möchte diese weiter stärken. Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei spielt eine immer größere Rolle.

Besonders durch die angespannte Personalsituation in vielen Bereichen ist eine flächendeckende Kontrolle von ordnungsrechtlichen Maßnahmen nur schwer möglich. Hier helfen oft die Erkenntnisse von anderen Behörden.

Denis Geger, Mitglied im Vorstand der Fachgruppe Verwaltungspolizei bei der GdP Bremen, weiß aus seiner täglichen Arbeit nur zu gut um die Problematik. In seiner Zuständigkeit liegen die Erlaubniserteilung und die Kontrolle von Spielhallen und Geldspielgeräten im Stadtgebiet Bremen: „In Spielhallen und Gastronomiebetrieben treffe ich immer wieder auf Verstöße, die im Zuständigkeitsbereich einer anderen Behörde liegen. Seien es Verstöße gegen das Nichtraucherschutzgesetz, die Bauordnung oder auch der Verdacht auf eine Straftat zum Beispiel im Bereich des illegalen Glückspiels. Nach mehr als fünf Jahren in meinem jetzigen Arbeitsbereich hat man sich ein Netzwerk zu anderen Dienst-



Denis Geger und Nicole Sander aus dem Fachgruppenvorstand wollen die behördenübergreifende Zusammenarbeit weiter stärken.

stellen aufgebaut und kann viele Dinge auf dem kurzen Dienstweg klären, das ist sehr hilfreich für die tägliche Arbeit.“

Ähnlich sieht es auch GdP-Mitglied Dennis Nuglisch vom allgemeinen Ordnungsdienst:

„Wir sind täglich auf der Straße und brauchen ein breites Wissen. Wenn es aber in die Tiefe geht, sind wir auf das Expertenwissen aus anderen Behörden angewiesen.“

Gerade in der Gastronomie treffen viele Zuständigkeiten aufeinander, hier ist dann ein Informationsaustausch ein wichtiger Baustein für ein effizientes Arbeiten. „Viele Gastronomen kennen ihre Pflichten gar nicht, hier geht es dann auf der einen Seite um Aufklärung, auf der anderen Seite müssen aber auch klare Grenzen gesetzt wer-

den, gerade wenn es zum Beispiel um den Jugendschutz oder den Schutz der Allgemeinheit geht“, so Nuglisch.

„Der Gaststättenbereich ist in einem ständigen Wandel. Daher ist es für einzelne Bereiche schwierig, hier ein genaues Bild zu bekommen. Über die gesammelte Erfahrung weiß man aber, wo man vielleicht einmal mehr hinschauen muss und welchen Betrieben man immer wieder auch mit der behördlichen Breite auf die Füße treten muss“, berichtet Geger über seine Erfahrungen.

In der Vergangenheit fanden immer mal wieder gemeinsame Kontrollen von Verwaltung, Ordnungsdienst, Polizei und Zoll statt, mal in größerer und mal in kleinerer Runde. Am Ende waren sich aber alle Beteiligten immer einig, die Aktion war ein Erfolg.

Die GdP regt daher an, dass es einen engmaschigeren Austausch geben muss und die behördenübergreifende Zusammenarbeit weiter gestärkt wird.

„Viele Bereiche in der Verwaltung laufen auf dem Zahnfleisch, dadurch darf aber kein rechtsfreier Raum entstehen. Dass die Behörde nicht nur verwaltet, sondern auch agiert und Präsenz zeigt, ist ungemein wichtig. Mit gezielten Maßnahmen und einem regelmäßigen Austausch zwischen den einzelnen Verwaltungsbehörden untereinander und der Polizei glaube ich, dass ein effektives Netzwerk geschaffen werden kann und das ohne blinden Aktionismus. Wichtig dabei wird es sein, die Kolleg:innen in die Arbeit einzubinden, die bereits auf der Straße unterwegs sind“, sagt Nicole Sander, Vorsitzende der GdP-Fachgruppe Verwaltungspolizei. ■





## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2023, Landesjournal Bremen, ist der 3. April 2023.

Artikel bitte mailen an: klossi@onlinehome.de



# GdP-Kreisgruppe Bremerhaven lud zum Gespräch mit Politik ein

**Nicole Füllmich-Penshorn**

Am 15. Februar 2023 gab der Vorstand der Kreisgruppe seinen Mitgliedern die Chance, mit den Vertretern der CDU, SPD und FDP ins Gespräch zu kommen.

Unserer Bitte, sich den Fragen unserer Kolleg:innen zu stellen, waren Frau Kirscheinstein-Klingner, Herr Raschen und Herr Freemann gefolgt.

Neben Herrn Ortgies, Direktor der Ortspolizeibehörde, waren einige Kolleg:innen der Ortspolizeibehörde zur Veranstaltung erschienen.

Die Kolleg:innen nutzten die Möglichkeit, um ihrem Ärger einmal Luft zu verschaffen. Unsere Mitglieder aus den Polizeikommissariaten und der Abteilung TEEU berichteten über die hohen Krankenstände und die enorme Arbeitsbelastung. Sie stellten den politischen Vertretern anschaulich dar,

dass aufgrund des Personalmangels zeitweise keine Vorgänge mehr bearbeitet werden können und diese bis zur Bearbeitung auf einer der sogenannten „Halden“ landen würden.

Und wer trägt dafür eigentlich am Ende die Verantwortung?

### Unsere Belastungsgrenze ist erreicht!

Mit Blick auf den Personalbestand in der Ortspolizeibehörde wurden dann die weiteren Themen „Zielzahlentwicklung“ und „steigende Zahl von Überstunden“ erörtert.

Die Koalitionäre signalisierten ihre Unterstützung, beschrieben aber auch die Hindernisse, die der Bremerhavener Politik in



Es ist angerichtet!

Bremen begegneten. Gleichzeitig erklärten sie sich bereit, die Themen im Ausschuss für öffentliche Sicherheit zu behandeln und eine Anfrage an die Bremische Bürgerschaft zu stellen.

Die Kreisgruppe bleibt für euch weiterhin mit den politischen Vertretern im Gespräch! ■

## Monatstreffen der FG Senioren

**Vorstand FG Senioren**

### Bremerhaven

Dienstag, 11. April 2023,  
15 Uhr,  
Ernst-Barlach-Haus

### Bremen

Donnerstag, 13. April 2023,  
15:30 Uhr,  
Grollander Krug

Wir freuen uns über eine Teilnahme in Bremerhaven und Bremen. Schaut einfach mal vorbei, es lohnt sich! ■



## SEMINAR DER FACHGRUPPE SENIOREN

# Die Gewerkschaft in der Gesellschaft

**Termin:**

Beginn: Mittwoch, 24. Mai 2023, 10 Uhr

Ende: Freitag, 26. Mai 2023, 15 Uhr

**Seminarort:**

Hotel/Restaurant Zur Nordseeklause

Rhynsweg 3, 26969 Butjadingen

Im vergangenen Jahr haben wir analysiert, warum die Gewerkschaft der Polizei für Kolleg:innen im Ruhestand wichtig ist. Das Ergebnis der Seminare wurde vom Bundesvorstand der Senioren aufgegriffen und beeinflusst wichtige Entscheidungen.

In diesem Jahr wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir durch konkrete Aktionen und Maßnahmen die politische und innergewerkschaftliche Debatte stärker mitbestimmen, den Informationsfluss verbessern und den Schutzschirm für unsere Kolleg:innen verbessern können.

Für GdP-Mitglieder fällt eine Tagungspauschale von 15 Euro an. Dafür werden mit Ausnahme der Anreise und der Getränke alle weiteren Kosten, auch die für Übernachtung und Essen, übernommen.

Wir bieten in diesem Jahr zwei Fachgruppenseminare an. Während ein Termin bereits ausgebucht ist, sind in dem oben genannten Seminar noch Plätze frei.

Anmeldungen bitte über die Geschäftsstelle der GdP Bremen unter der Telefonnummer

(0421) 94 95 85 0

oder per Mail unter [Bremen@gdp.de](mailto:Bremen@gdp.de).**Bis zum Seminar****Heinfried Keithahn***Wir trauern um unsere Kolleginnen und Kollegen:*

Günter Peinecke, geb. am 04.11.1936,  
† am 23.12.2022

Klaus Kusche, geb. am 04.12.1936,  
† am 26.12.2022

Bernhard Pinkawa, geb. am 18.04.1957,  
† am 28.12.2022

Herbert Scheeper, geb. am 21.06.1942,  
† am 30.12.2022

Klaus Hackfeld, geb. am 08.10.1938,  
† am 11.01.2023

Günter Schubert, geb. am 16.07.1925,  
† am 12.01.2023

Kurt Eckert, geb. am 27.06.1940,  
† am 01.02.2023

Karl Friedrich Schröder, geb. am 17.03.1943,  
† am 07.02.2023

Gerd Schmitz, geb. am 29.08.1939,  
† am 19.02.2023

Frank Schubert, geb. am 18.08.1944,  
† am 22.02.2023

Manfred Bollmann, geb. am 08.03.1957,  
† am 09.03.2023

*Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.*

**DP – Deutsche Polizei**  
Bremen

**Geschäftsstelle**  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
[www.gdp.de/bremen](http://www.gdp.de/bremen), [bremen@gdp.de](mailto:bremen@gdp.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen